

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 311

2. Juni 2004

10. Jahrgang

"Hoffen wir erst einmal, die Bewilligung für die Exhumierung zu bekommen"

Zu den wohl schwierigsten sozialen Konflikten in Guatemala gehören solche, die im Rahmen der Aufarbeitung der jüngeren Geschichte ausbrechen, z.B. wenn Hinterbliebene von Kriegsoffizieren Exhumierungen von Massengräbern anstreben. Noch heute leben die sog. Täter oft im selben Ort wie die Opfer bzw. deren Familienangehörigen. In den Jahren seit der schrecklichen Tat wird das Zusammenleben dieser beiden Gruppen geprägt von Repression, (wirtschaftlicher) Abhängigkeit – und Angst. Angst auch seitens der Täter, die damit rechnen müssen, dass nach einer erfolgten Exhumierung Klage gegen sie erhoben wird. Entsprechend versuchen sie mit allen Mitteln, eine Exhumierung zu verhindern.

In den Gemeinden La Vega und Santa Catarina, im Ixcán, ersuchen 80 Familien die Exhumierung von Massengräbern, die sich auf dem Gelände der Militärzone 22 (Cantabal) befinden. Unterstützt werden sie dabei von der *Koordination der nationalen Indígena- und BäuerInnenorganisationen* (CONIC) und der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM). Die Reaktion auf diese Bestrebungen erfolgte prompt: Kurz nachdem im März diesen Jahres VertreterInnen der GAM in die Gemeinden kamen, um den Exhumierungsprozess voranzutreiben, bekamen einzelne RepräsentantInnen der Familienangehörigen Drohungen. In der Folge kam es zu einem Mediationsverfahren, an dem alle direkt beteiligten und an einer Lösung interessierten Parteien teilnehmen.

Im Folgenden erzählt Mario Polanco von der GAM von den Möglichkeiten und Schwierigkeiten eines solchen Verfahrens. Die Verhandlungen sind zum Zeitpunkt des Interviews in vollem Gange, definitive Ergebnisse stehen noch aus.

Frage: Was ist in den Gemeinden La Vega und Santa Catarina in den 80er Jahren geschehen?

Mario Polanco: Als sich der bewaffnete Konflikt verschärfte, wurde der bereits vor den 80er Jahren im Ixcán existierende Militärposten zu einer Militärbasis vergrößert. Da aber das Militär nicht über das notwendige Land verfügte, um die Kaserne zu bauen, wurde dieses einfach einer Gruppe von BäuerInnen enteignet. Man weiss nicht, was mit diesen Familien geschehen ist, ob sie vertrieben oder schlichtweg ermordet wurden. In den Jahren 1982/83 verfügte das Militär über ein Gebiet von 1150 *manzanas* (ca. 800 ha), und zwar in einem überaus fruchtbaren Gebiet und nahe der Grenze zu Mexiko. Ausserdem in einer Region, in der die Guerilla des EGP (*Ejército Guerrillero de los Pobres*) überaus aktiv war. Während zwei Jahrzehnten operierte die Basis in der Region, besass den einzigen Flughafen weit und breit und kontrollierte so den ganzen Flugverkehr in und durch diesen Landstrich.

Etwa 20 Jahre später, 2002, besetzte eine Gruppe von 80 Familien einen Teil des Militärgeländes, der von der Armee nicht mehr genutzt wurde. Die BäuerInnen unternahmen nichts, damit ihnen das Land überschrieben würde, das Militär seinerseits strebte vorerst keinen Prozess und keine Räumung an.

Bis vor einem Jahr. Der juristische Prozess wurde jedoch seitens des Militärs nicht sehr intensiv verfolgt und blieb in der Bürokratie der Gerichte hängen. Bei den aktuellen Verhandlungen konnten wir nun erreichen, dass der Prozess nicht weitergeführt und so eine gewaltsame Räumung verhindert wird.

Frage: Wie kam die GAM dazu, sich in dieser Angelegenheit zu engagieren?

M.P.: Die GAM unterhält seit 1994 Kontakt zur Menschenrechtsvereinigung des Ixcán. Diese Organisation vermutete, dass sich sog. geheime Friedhöfe auf dem Gelände der Militärbasis befinden. Sie informierten die Familien, die das Land besetzt halten und in der CONIC organisiert sind über die Möglichkeit, Unterstützung von der GAM bei den Exhumierungen zu bekommen.

Wir hatten im letzten September zum ersten Mal Kontakt mit den Leuten und sobald wir feststellten, dass da tatsächlich Gräber liegen und auch sahen, dass wir finanziell und zeitlich in der Lage sind, diesen Prozess zu begleiten, unternahmen wir im Januar 2004 die ersten Schritte, um die Exhumierungen einzuleiten.

Frage: Weiss man denn, wer die Personen sind, die in diesen geheimen Gräbern liegen?

M.P.: Wir wissen nicht mit Gewissheit, um wessen Überreste es sich handelt, möglicherweise um Angehörige der Leute, die die Exhumierung fordern, aber im schlimmsten Fall finden wir bei den Ausgrabungen gar nichts. Ich möchte deshalb den Mund nicht zu voll nehmen, hoffen wir erst einmal, die Bewilligung für die Exhumierung zu bekommen!

Frage: Ist vorgesehen, nach den erfolgten Exhumierungsprozesse gegen die Täter anzustreben?

M.P.: Diese Entscheidung müssen die Hinterbliebenen treffen, dazu wollen wir sie als GAM nicht drängen. Ausserdem liegen noch sehr wenig Beweise über die Identität der Verantwortlichen vor, da wir zu wenig über die Befehlshierarchie in dieser Militärbasis wissen. Nicht dass

ich nicht wollte, dass die Militärs verurteilt würden. Aber wir müssen einfach sehr vorsichtig an die Sache herangehen und können ohne Erlaubnis der Hinterbliebenen gar nichts machen. In einem Prozess gegen das Militär besteht leider die sehr reelle Gefahr, ihn zu verlieren und das wiederum wäre sehr frustrierend für die Familienangehörigen.

Frage: Was war der Auslöser für die jüngsten Drohungen?

M.P.: Nachdem wir zum ersten Mal in den Gemeinden waren, begannen die Drohungen gegenüber den besetzenden BäuerInnen. Doch es gibt eine ganze Reihe andere Faktoren, die mit einberechnet werden müssen:

Es handelt sich beim Ixcán um eine hoch militarisierte Zone, in der RichterInnen, AnwältInnen, die Polizei und andere Institutionen von der Armee abhängig sind.

Abgesehen davon, dass es eine militarisierte Zone ist, war auch der Einfluss der Linken immer sehr gross. In diesem Gebiet entstand 1971 das EGP, hier wurde der Grossgrundbesitzer José Luis Arenas, der „Tigre del Ixcán“ ermordet, was der Guerilla grossen Aufschwung gab. Ein Aufschwung, der offenbar anhält, denn die URNG gewann bei den vergangenen Wahlgängen mit Marcos Ramírez zweimal das Bürgermeisteramt.

Die Besetzung eines Teils der Militärbasis und das Bekanntwerden der Existenz von Massengräbern hatte zur Folge, dass weitere Organisationen auf Parkett traten: Die CONIC, um die BäuerInnen bei der Landbesetzung zu begleiten und die GAM, um den Exhumierungsprozess zu unterstützen. Diese Situation hat bei den Militärs und ihrer Gefolgschaft höchste Alarmstufe ausgelöst. Die Folge davon waren die Drohungen gegen die BäuerInnen.

Diese Drohungen sehen folgendermassen aus:

- Den Leuten wird gesagt, dass der Prozess bezüglich der Landräumung jederzeit vorangetrieben werden könne.
- Ihre Bewegungsfreiheit wird eingeschränkt, indem der Weg, der direkt zu ihren Häusern führt, geschlossen wurde; jetzt müssen sie durch die Militärzone gehen, um nach Hause zu kommen.
- In unmittelbarer Nähe ihrer Siedlungen wurde ein Schiessplatz angelegt.
- Die Richter haben ihnen angedroht, dass, „wenn sie die Toten aus den Gräbern holen, sie die nächsten Toten sein werden“.

Frage: Wer hatte die Initiative ergriffen, damit ein Mediationsverfahren zustande kam?

M.P.: Nach den Räumungsdrohungen haben sowohl CONIC wie die GAM entschieden, Hilfe bei CONTIERRA anzufordern. CONTIERRA ist eine staatliche Institution, welche die Kompetenz hat, MinisterInnen und Staatssekretäre zusammen zu rufen, um bestimmte Themen zu verhandeln. Die Verantwortliche von CONTIERRA lädt zu den Treffen ein und moderiert sie auch. Am ersten Treffen einigte man sich darauf, weitere Akteure wie OCRET (Kontrollstelle für territoriales Staatseigentum, wie z.B. Fluss- und Meeresufer, die in Guatemala per Verfassung staatliches Eigentum sind), FONTIERRA und *Bienes del Estado* (zuständig für übriges staatliches Eigentum, wie z.B. die Militärkasernen). Die ersten beiden Treffen verliefen sehr gut. Wir erzielten echte Erfolge, doch beim dritten Treffen schien es, dass sich die VertreterInnen der staatlichen Institutionen im Vorfeld mit den Militärs abgesprochen hatten und wir mussten ein paar Rückschläge einstecken.

Frage: Worüber wird verhandelt?

M.P.: Die Themen sind:

- Bewegungsfreiheit
- keine Räumung des besetzten Landes
- dass das Land überschrieben wird vom Militär an *Bienes del Estado* und dass in diesem Dokument festgehalten wird, dass das Land von 80 Familien besetzt wird.
- Stopp der Drohungen im Zusammenhang mit den geplanten Exhumierungen und Nicht-Behinderung dieses Prozesses.

Interessanterweise läuft es mit dem Militär recht gut, schwieriger sind die Verhandlungen mit den anderen Institutionen.

Frage: Weshalb wird nicht gefordert, dass das Land direkt an die besetzenden BäuerInnen überschrieben wird?

M.P.: Gemäss Verfassung darf das Militär Land weder verschenken noch verkaufen, noch jemandem überlassen, sondern muss es an den Staat zurückgeben, entweder an FONTIERRAS oder an *Bienes del Estado*. Ist dies einmal geschehen, müssen wir mit einer dieser Institutionen über die Überschreibung des Landes an die BäuerInnen weiter verhandeln.

Frage: Welche Strategie verfolgt die GAM in diesem Mediationsprozess?

M.P.: Wir sind in erster Linie um das Wohl der BäuerInnen besorgt und darum, dass sie von den StaatsvertreterInnen und vor allem vom Militär nicht übers Ohr gehauen werden.

Frage: Wie ist die Stimmung während des Mediationsverfahrens?

M.P.: Die BäuerInnen fühlen sich sicher, denn in Wirklichkeit sind sie es, die am längeren Hebel sitzen, da sie das Land besetzen und das Militär verhindern will, dass es auf seinem Gebiet zu einer Landräumung kommt. Vor allem nicht, wenn gleichzeitig die Formalitäten für eine Exhumierung laufen. Der Vertreter des Militärs ist einer der Moderateren innerhalb seiner Institution und zeigte sich anfänglich offen und flexibel. Beim dritten Treffen jedoch änderte sich seine Haltung. Er bekam wohl entsprechende Befehle von oben oder die intolerante Art der anderen Funktionäre hat ihn „angesteckt“.

Frage: Was ist das Schwierigste für dich bei diesen Verhandlungen?

M.P.: Die Angst, dass in den Gemeinden etwas passieren könnte aufgrund der Bestrebungen, die die GAM unternimmt. Das hätte auch für unsere Organisation schlimme Konsequenzen, denn es würde andere Gemeinden, in denen es auch geheime Friedhöfe gibt, davon abhalten, Exhumierungen anzustreben, weil die Leute fürchten, ihnen könnte das gleiche geschehen.

Frage: Glaubst du, dass Mediation eine erfolgreiche Methode ist, um einen solchen Konflikt zu lösen?

M.P.: Es ist das erste Mal überhaupt, dass auch das Militär an einer solchen Konfliktbearbeitung teilnimmt. Und es ist das erste Mal, dass ein geheimer Friedhof auf einer Militärbasis exhumiert werden soll. Ich traue mich deshalb noch nicht, irgendwelche Prognosen über den Ausgang der Mediation vorwegzunehmen.

Frage: Wie schätzt du den Willen der beteiligten Parteien ein, wirklich zu einer Lösung des Konflikts zu kommen?

M.P.: Ihr Wille – ich weiss nicht. Auf alle Fälle ist es politisch gesehen von grossem Vorteil für uns, dass der Fall national und international bekannt ist und dass es unterstützende Eilaktionen aus dem Ausland gibt, die fordern, dass man das Recht der besetzenden Familien respektiert und die Exhumierungen zulässt.

Frage: Was passiert, wenn es nicht zu einer Einigung kommt? Besteht die Gefahr, dass dann eine Gewaltspirale losdreht, die noch schwieriger zu stoppen ist?

M.P.: Es KOMMT zu einer Einigung. Die Familien sind nun mal auf diesem Land und dem Militär kommt es nicht gelegen bzw. sie wollen nicht, dass es zu einer Räumung kommt. Die nationalen und internationalen Kosten wären zu hoch für sie und ausserdem stehen sie kurz vor dem Abzug aus der Ge-

gend. Eine Möglichkeit wäre, dass das Militär das Land an FONTIERRAS abgibt, und diese einen Räumungsbefehl ausstellt, was ich jedoch nicht glaube.

Eine andere Möglichkeit ist, dass, wenn das Militär erst einmal abgezogen ist, noch mehr Familien das ehemalige Militärgelände besetzen. Und da besteht

die grosse Gefahr, dass Sympathisanten des Militärs, die nach wie vor bewaffnet sind, mit sozialen Säuberungen beginnen, womit die Gewaltspirale losgetreten wird.

Herzlichen Dank für das Interview!

Politische Paketgebühren

Guatemala, 25. Mai. Turbulent ging es zu in den letzten Tagen der Kongresssitzungen. Mit neu gemischten Karten geht dieser nun in die Sommerpause: Der Regierungspakt zwischen der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GANA), *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) und *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) ist gebrochen, die *Patriotische Partei* (PP) unter Sicherheitsbeauftragtem Pérez Molina hat sich aus der Koalition der GANA zurückgezogen und Efraín Ríos Montt hat als Parteichef der Republikanischen Front Guatemalas (FRG) auf der Bühne des politischen Geschehens an Boden gewonnen.

Zwei koinzidierende Sachlagen führten zu diesen Veränderungen. Für die Zeit während der Sitzungspause musste eine vierköpfige Permanente Kommission bestimmt werden, die die Aufgaben des Kongresses in den nächsten zwei Monaten stellvertretend übernimmt. Zwei davon waren vom Kongressvorstand, den die UNE innehat, zu ernennen, die beiden anderen vom Kongressplenium zu wählen. Dieser Kommission wird aufgrund der Terminlage die Entscheidung über den heissdiskutierten und von vielen Seiten kritisierten Fiskalpaket obliegen, den Präsident Berger inzwischen vollständig vorgestellt hat (siehe ¡Fijáte! 310). PAN und UNE hatten schon bald signalisiert, das Fiskalpaket nicht zu unterstützen, da er die Ärmsten am meisten belastet. Gleichzeitig fehlen der GANA die notwendigen Stimmen im Kongress, um ihre Pläne allein durchzuziehen. Die Einfache Mehrheit von 80 Stimmen der insgesamt 158 war demzufolge nur in Kooperation mit der FRG und den *Unionistas* zu erreichen.

Doch hatte die GANA in ihrer Wahlkampagne gerade die ehemalige Regierungspartei aufs heftigste kritisiert und jegliche politische Annäherung an dieselbe komplett ausgeschlossen. Entsprechend gross war die nationale Entrüstung nun, als bekannt wurde, dass Berger sich mehrmals mit Efraín Ríos Montt getroffen hat und die FRG der aktuell regierenden GANA bei der Wahl zweier GANA-Abgeordneten der Berger-affinen Partei M-13 für die Permanente Kommission sekundierte. Schnell machten Mutmassungen über einen potentiellen Deal zwischen GANA und FRG die Runde. Als Gegenlei-

stung für ihre Stimmen habe die FRG möglicherweise die gerichtliche Verschonung von Ríos Montt und weiterer FRG-Leute, die derzeit wegen ihrer Verantwortung für den „Schwarzen Freitag“ vor Gericht stehen (siehe ¡Fijáte! 310), erpresst. Oder/und die glimpfliche Behandlung von Eduardo Weymann, Ex-Finanzminister und beschuldigt wegen Beteiligung an der Unterschlagung und Fälschung im Rahmen des Millionenskandals in der Steuerbehörde SAT, aufgrund derer er bereits seit einigen Wochen in Haft sitzt. Auch die Wahl der Beamten des *Höchsten Gerichtshofes* (CSJ) sowie des Nationalen Rechnungsprüfers bedürfen eventuellen parteiischen Beistandes.

Ein weiteres Gerücht, dass als Dealgegenleistung Ríos Montts Sohn, Ex-Verteidigungsminister, der jedoch nach wenigen Monaten selbst sein Amt niedergelegt hatte, nicht behelligt werde, wurde inzwischen entkräftet. Dem Generalsohn, dem ebenso wie seinen Kollegen aus dem damaligen Vorstand des Finanzressorts des Verteidigungsministeriums, Unterschlagung, Geldwäsche u. ä. vorgeworfen wird, hängen bereits zwei Anklagen an. Er wird mitverantwortlich gemacht für das Fehlen von 37 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 4,6 Mio.) in der Ressortkasse sowie für den Betrug um rund US-\$ 22 Mio. im Militärvorsorgeinstitut (IPM) zu Lasten der Pensionen der Militärangehörigen.

Derweil negieren sowohl Berger als auch die FRG jegliche unsauberen Vereinbarungen. Während Berger die Annäherung als „Antrag auf Unterstützung für Projekte zum Wohle aller Guatemalteken“ bezeichnete, wies Ex-Vizepräsident Juan Francisco Reyes darauf hin, dass seine Partei, die FRG, auch mit anderen Parteien im Gespräch sei und es kein Abkommen gäbe: „Das wird man schon sehen, wenn es zum Fiskalpaket kommt“.

Doch allein die Tatsache, dass Berger ohne Mitwissen seiner Koalitionspartner, der *Patriotischen Partei* (PP) und der *Partei der Nationalen Solidarität* (PNS) sich auf den im GANA-Wahlkampf als Teufel verschrienen Ríos Montt überhaupt eingelassen hat, stellte für die PP, der seit Anfang der GANA-Legislatur grundlegende Macht-Differenzen mit der dritten Koalitionsgruppe M-13 nachgesagt werden, den Tropfen dar, der das Fass zum

Überlaufen gebracht und somit die Partei zum Verlassen der Koalition veranlasst hat. Somit hat auch Otto Pérez Molina sein Amt als Sicherheits- und Verteidigungsbeauftragter, der in den ersten Monaten als einer der aktivsten und ob seiner Militär- und Sicherheitsreformen präsentesten Regierungsakteure imponierte, niedergelegt und ist auf seinen Abgeordnetenplatz im Kongress zurückgekehrt. Nichtsdestotrotz versicherte Berger, dass die in die Wege geleiteten Militärreformen auf jeden Fall weitergeführt würden.

UNE und PAN kündigten derweil ihren Positionswechsel an: „Wir gehen zur Opposition“, so UNE-Chef Álvaro Colom. Damit hat auch das Projekt des Regierungspakts, auf das sich GANA, UNE und PAN bereits im Vorfeld der Wahlen geeinigt hatten, sein Ende gefunden und gleichzeitig, dass diesem Ansatz jegliche programmatische Grundlage fehlte. Nicht erst die Diskussionen um das Fiskalpaket brachten diesen Turm ins Schwanken.

Für Berger scheint die Sache relativ gelassen zu nehmen, was hinsichtlich politischer Projekte jedoch auch eine gewisse Unsicherheit in sich birgt: „Keine Allianz ist dauerhaft“. Und der Bruch mit PAN und UNE gäbe keinen Anlass zur Sorge. Vielmehr handele es sich dabei um ein politisches Spiel, das Teil der Demokratie sei, so der Präsident. Dabei wird die Regierbarkeit durch konjunkturelle Allianzen noch weniger gestärkt.

Wie weit die Bevölkerung sich dieser Ansicht Bergers anschliesst, bleibt abzuwarten. Derweil dominieren jedenfalls heftige Kritik sowohl am Fiskalpaket als auch an der Strategie, die FRG bei wesentlichen politischen Entscheidungen mit ins Boot zu nehmen. Auf diese Weise hatte diese mehr als leichtes Spiel, nach ihrem unrühmlichen Abgang im Rahmen der Wahlen, wieder auf die Bühne des politischen Geschehens zurückzukehren und sich massgeblich an Regierungsgeschäften zu beteiligen.

Momentan suchen sich manche Parteiangehörige einen neuen Platz im Kongress. Nach dem Austritt der PP mit neun Leuten, haben sich unterdessen bereits drei ehemalige PAN-Mitglieder und drei der FRG der Regierungspartei angeschlossen, einige andere sich unabhängig erklärt.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben

Guatemala, 28. Mai. Widersprüchliche Informationen ließen bis zuletzt unklar, ob am ursprünglich angesetzten 28. Mai nun die Präsidenten Mittel- und Nordamerikas das als TLC oder Englisch CAFTA bekannt gewordene Freihandelsvorhaben zwischen diesen Ländern in Washington D.C. unterzeichnen würden oder nicht. Logisch dagegen sprachen schon Raum und Zeit, befanden sich doch zum angegebenen Termin alle Protagonisten auf dem EU-LAC-Gipfel in Guadalajara, Mexiko, um dort mit der Europäischen Union u. a. eben über ähnliches Handelsprojekt zu disputieren (siehe separater Artikel).

Einige guatemaltekische Politanalysten hatten unterdessen bereits prophezeit, dass die Ratifizierung des TLC nicht mehr in diesem Jahr stattfinden würde. Grund dafür seien die Wahlen in den USA, wo Präsident George W. Bush sich einer heftigen Opposition bezüglich des Abkommens gegenüber sieht. US-amerikanische und aus der Region stammende Kongressabgeordnete hatten sich kürzlich im Sitz der *Zentralamerikanischen Bank für Wirtschaftliche Integration* (BCIE) versammelt, um dann doch noch vor der anvisierten Unterzeichnung die Herausfor-

derungen und Möglichkeiten des Freihandelsplans zu analysieren. Ihre Schlussfolgerung: Die Initiative muss grundlegend überarbeitet werden, besonders hinsichtlich der Themen Arbeit und Umwelt.

Pablo Rodas Martini, unabhängiger Experte zu den Themen Wirtschaft und Politik wies darauf hin, dass im Nordamerikanischen Kongress derzeit verschiedenste Interessen konfliktieren. Der potentielle Sieg von Präsidentschaftskandidat John Kerry würde laut Rodas die Ratifizierung des TLC-Abkommens auf jeden Fall bremsen.

Dabei waren die guatemaltekischen TLC-Verhandlungsakteure doch so stolz darauf gewesen, kurz vor vermeintlichem Toresschluss auf die letzten Wünsche der USA nicht eingegangen zu sein. Der Grosse Bruder hatte beantragt, dass Guatemala auf die Schutzmechanismen für den Agrarsektor verzichte, die mit der Welthandelsorganisation (ILO) vereinbart und in allen Ländern gültig sind. Als Gegenleistung wären die USA bereit gewesen, Änderungen in Sachen Textil und Zucker zu akzeptieren. Landwirtschaftsminister Álvaro Aguilar hatte derweil bekannt gegeben, dass es unabhängig davon zu Verbesserungen in

den Vereinbarungen um Fleisch- und Reishandel gekommen sei. Reis sei bspw. obligatorisch erst auf dem lokalen Markt zu kaufen, bevor auf Importe zurückgegriffen werden sollte.

Nach Einschätzung von organisierten Industriellen in Guatemala ist das Inkraft-Treten des Abkommens zwar verschoben, letztendlich jedoch unausweichlich. Dementsprechend besorgt um ihre Wettbewerbsfähigkeit, kündigten sie Fortbildungen ihrer Mitglieder, Exportverbesserung, die Suche nach neuen Märkten und die Bitte um Unterstützung letzterer Initiative durch Präsident Berger an. Beispielsweise bietet sich die *Karibische Gemeinschaft* (CARICOM) als geeigneter, bislang wenig genutzter Markt an, den die Industriekammer Guatemalas für die Kommerzialisierung nationaler Produkte vorschlägt. Bislang exportieren erst 20 Unternehmen nach Kuba, planen jedoch bereits, in die Dominikanische Republik, auf die Bahamas, nach Belize und Haiti zu expandieren.

Unterdessen ebbt die Kritik am grundlegenden Vorhaben auch in Guatemala nicht ab. Das Thema TLC ist bei allen Bürgerdemonstrationen bzgl. der nationalen Sozial-, Wirtschafts- und Politiklage auf dem Tapet.

Eine Frage des Standpunktes?

Guatemala, 26. Mai. Wieder einmal klaffen die Sichtweisen von Zivilgesellschaft und Regierungsebenen weit auseinander. Während die Regierung Berger sich angesichts des III. EU-Lateinamerika/Karibik (LAC)-Gipfels vom 26.-29. Mai in Guadalajara, Mexiko intensiv vorbereitet hat, sieht sich die Bevölkerung des Landes von den Diskussionen um ihre Zukunft völlig ausgeschlossen. Der EU-LAC-Gipfel zielt auf die Stärkung des Dialogs über globale Sicherheit und weltweiten sozialen Wohlstand mittels Wirtschafts-, Handels-, Sozial-, Kulturpolitik sowie Kooperation ab, so eine aussenministeriale Mitteilung.

Die guatemaltekische Regierung hat wohl im Vorfeld manche Anstrengung unternommen und Initiativen ergriffen, die bei dem Treffen der Staatsoberhäupter in Mexiko diskutiert und auch in der Schlussdeklaration festgehalten werden sollen. Dazu gehören die Verfolgung des Verhandlungsprozesses über ein EU-LAC-übergreifendes Freihandelsabkommen, inklusive Bekämpfung des Drogenhandels und der Unterbindung des illegalen Waffenhandels.

Weiteren Gesprächsstoff sollen zudem u.a. die Aspekte Migration, Korruptionsbekämpfung und das Vorantreiben des Freihandelsabkommens *Plan*

Puebla Panama liefern.

Von Seiten der Zivilgesellschaft mutet der Gipfel eher zynisch an. In keiner Weise wurden sie oder auch ihre konkreten Vorschläge zu gleichberechtigten und solidarischeren Beziehungen zwischen Europa, Lateinamerika und der Karibik beachtet. Im Gegenteil: Die Sicherheitsvorkehrungen um den Gipfel herum sind noch verstärkt worden, damit die Vergessenen sich nicht nähern können und den Dialog stören. In diversen Ländern haben sich bereits Organisationen vorbereitet, um bei dem Event Präsenz zu zeigen und im Namen von mehr als 100 Organisationen gegen ihren Ausschluss zu protestieren. Die Beteiligung der Zivilbevölkerung müsste doch eine der Grundkomponenten eines Dialogs zum Wohle aller sein.

Just das Fortbestehen der Armut neigt zu einer Endemie in der LAC-Region zu werden und stelle ein schwerwiegendes Hindernis für jegliche Gleichheitsbemühung dar. Nach einer „verlorenen Dekade“ für die Entwicklung und einer „des Wachstums der Ungleichheit“ habe sich die Armut zu einem Exklusionsproblem für mehr als 200 Mio. Menschen gewandelt, die in den wirtschaftlichen Tendenzen weder eine integrierende Kraft noch irgendein tatsächliches

Zeichen dafür entdecken könnten, dass das Phänomen kurz- oder mittelfristig überwunden werden könnte. „Die Demokratien in LAC haben diese skandalöse soziale Ungleichheit ermöglicht, die Ungerechtigkeit, die Unterordnung der Souveränitäten und die Korruption. Das neoliberale Wirtschaftsmodell, zentriert auf die Privatisierungen und kommerzielle sowie finanzielle Markttöffnung ohne Regulierungen, haben die Verarmung und soziale Ausgrenzung verstärkt. Es haben sich Bedingungen für eine höhere Konfliktivität und gesellschaftliche Brüche entwickelt, die die soziale Kohäsion und Sicherheit der Personen bedrohen. Die Armut ist eine massive und strukturelle Verletzung der elementaren Rechte der Bevölkerung. Es ist an der Zeit für einen grundlegenden Wandel der finanziellen und wirtschaftlichen Politiken, die konditioniert sind von den multilateralen Organen, welche die produktiven Strukturen unserer Länder zerstört haben“, so die Demonstrierenden. Grundsätzlich spricht dies wohl nicht gegen die Einschätzungen der in Guadalajara offiziell Versammelten. Doch deren Konsequenzen werden wohl erneut weder mit Partizipation, geschweige denn mit Einverständnis seitens der Nicht-Geladenen rechnen dürfen.

Finca El Maguey geht an die BäuerInnen

Guatemala, 11. Mai. Der seit Jahren anhaltende Konflikt um die Finca El Maguey in der Gemeinde Frajanes, nahe der Hauptstadt Guatemalas, ausgetragen zwischen Militärangehörigen und 86 BäuerInnenfamilien, ist zu einem Ende gekommen. Das Verfassungsgericht hat einer Klage der BäuerInnen stattgegeben und das Militär aufgefordert, das Land unverzüglich zu verlassen.

Begonnen hat das Ganze vor sieben Jahren, als die im *Komitee der BäuerInneneneinheit* CUC organisierten BäuerInnenfamilien begannen, sich für die Legalisierung des Landes der Finca El Maguey einzusetzen. Seit über 40 Jahren schon besetzten und bearbeiteten sie das Land und gründeten im Hinblick auf eine mögliche Legalisierung eine Landwirtschaftsvereinigung, um die Finca gemeinsam zu bearbeiten.

Sie erreichten die Legalisierung am

7. April 2003, indem die damalige Regierung von Präsident Portillo sie mit dem Regierungsabkommen 223-2003 als die rechtmässigen BesitzerInnen des Landes anerkannte. Die Freude war von kurzer Dauer, denn bereits fünf Tage später wurden die BäuerInnen gewaltsam von Militärangehörigen von der Finca vertrieben, ihre Häuser, die Finca-eigene Grundschule und ihre Aussaat wurden zerstört.

Noch im selben Monat erliess Portillo ein neues Regierungsabkommen, mit dem er die Überschreibung des Landes an die BäuerInnen rückgängig machte. Damit wurden die Militärs begünstigt, welche sich seither auch auf dem Gelände installierten. Dies führte immer wieder zu Übergriffen gegen die BäuerInnen. Die Begründung für die Annulierung des Abkommens: Die neue Disposition entspreche den Interessen des Staates. Das Militär stellte das Ganze als eine simple

Landstreitigkeit dar, währenddessen bekannt wurde, dass das *Vorsorgeinstitut des Militärs* (IPM) Appartements für pensionierte Militärspezialisten auf dem Gelände bauen wollte. Das CUC seinerseits bezeichnete die Massnahme als einen Rückschritt in der Umsetzung der Friedensabkommen und als einen Hohn gegenüber den BäuerInnen (s. ¡Fijáte! 292).

Schliesslich bat das CUC um die Intervention des Menschenrechtsprokurats (PDH), welche eine Verfassungswidrigkeit des zweiten Regierungsabkommens feststellte und den Fall vor das Verfassungsgericht trug. Dieses fällte nun sein Urteil und sprach die Finca den BäuerInnen zu.

Der Kommentar der Militärsprecherin, Edith Vargas, zum Urteil, fiel lakonisch aus: Das Militär respektierte den Entscheid des Gerichts. Und tatsächlich, mittlerweile wurden auch die letzten Militärangehörigen abgezogen.

Die Kasernen dem Volk!

Guatemala, 26. Mai. Bis Ende Mai sollen sechs Kasernen geschlossen werden, in Quetzaltenango, San Marcos, Santa Cruz del Quiché, im Ixcán, in der Hauptstadt und in Santa Rosa. Insgesamt wollen 11'000 Militärs aus dem Dienst entlassen werden. Die Ankündigung über die Reduktion des Militärs hat nebst Diskussionen darüber, was mit den Armeeingehörigen geschehen soll und mit welchem Geld sie entschädigt werden sollen, auch die Frage aufgeworfen, was mit den leer werdenden Kasernen gemacht wird.

In Quetzaltenango beispielsweise fordern die Behörden und VertreterInnen der Zivilgesellschaft, dass die zentral gelegene Militärkaserne 17-15 zu einem Kulturzentrum umgewandelt wird. Norma

Quixtán, Gouverneurin von Xela wünscht sich auch, dass die militäreigene Marimba „Voz de los Altos“ sowie die Instrumente des Militärmusikkorps an das Sinfonieorchester von Quetzaltenango übergeben werden. In San Marcos soll in den Installationen der Kaserne eine technische Fachschule eingerichtet werden. Auch hier ging die Militär-Marimba bereits in den Besitz der Gemeinde über.

In Santa Cruz del Quiché hingegen hat die Demobilisierung der Militärangehörigen und die Frage nach der Zukunft der Kaserne Unmut unter der Bevölkerung ausgelöst. Offenbar blieben trotz offiziellem Auflösungsakt vom 12. Mai noch 80 Armeemitglieder in der Kaserne, ohne dass dafür eine Begründung abgegeben wurde. Der Gouverneur von Quiché, José Francisco Lux möchte die Kaserne am liebsten in ein Gemeindezentrum umwandeln. Verteidigungsminister Mén-

dez Pinelo hingegen spricht davon, die Installation der Militärakademie Alfonso V. Hall zur Verwaltung zu übergeben, welche dort ihre Agronomie-Abteilung einrichten will. VertreterInnen der Indígena-Organisationen von Santa Cruz fordern seit Tagen vergeblich eine Audienz bei den Behörden, um ihre Vorschläge für eine Umnutzung der Kaserne zu präsentieren.

Auch Präsident Berger hat seine Vorstellungen: „Wir werden die Installationen ihrem bestmöglichen Nutzen zuführen: Sei dies ein Spital, eine Universität oder eine technische Fachschule.“ Im Fall der Kaserne im Ixcán nimmt er gar vorweg, was in den laufenden Verhandlungen (siehe Interview mit Mario Polanco) noch gar nicht entschieden wurde: „Durch CONTIERRA werden den Leuten, die um die Militärbasis leben, 17 *caballerías* (ca. 750 ha) des Landes übergeben“. So die Worte Bergers.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net
Jahres-Abo: 55.- €
Auslands-Abo: 60.- €
E-Mail-Abo: 50.- €
Erscheinungsweise
14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Brutal: 200 Frauenleben

Guatemala, 27. Mai. Das Fortbestehen der Morde an Frauen liege sowohl an dem Fehlen jeglichen Handelns von Seiten der guatemaltekischen Autoritäten als auch an der sozialen Indifferenz gegenüber diesem Phänomen, so Yanette Bautista, Forscherin zur Gewalt gegen Frauen von *amnesty international* (AI). Bautista, Teammitglied der AI-Delegation, die dessen Menschenrechtsjahresbericht 2003 in Guatemala vorstellte, wies darauf hin, dass Guatemala die höchste Rate an Gewalt gegen Frauen aufzeige.

Das Menschenrechtsprokurat (PDH) bestätigte derweil, dass im vergangenen Jahr 360 Frauen ermordet worden sind. Derzeit wird von AI eine tief greifende Studie in diesem Land durchgeführt, wo laut Innenministerium allein im laufenden Jahr bereits rund 200 Frauen ihr Leben auf brutalste Weise verloren.

AI ist davon überzeugt, dass die Regierung bislang keinerlei Massnahmen ergriffen habe, die auch nur ansatzweise das Niveau der Schutzlosigkeit mindert, in der sich die Frauen befinden. Wesentlich seien dabei die gesetzliche Deliktdefinition von sexueller Verfolgung u. a. Vergehen, die Sanktionierung der Täter, eingeschlossen der Staatsagenten, die in die Morde involviert sind – wie derzeit mehr und mehr von der Zivilpolizei bekannt wird – und die Aufdeckung der organisierten Gruppen, die hinter den Verbrechen stecken.

Die Situation der Gewalt gegen Frauen sei auch in anderen Ländern wie Kolumbien und Mexiko besorgniserregend. Doch der Fall Guatemala steche vornehmlich durch die Formen der brutalen Gewalt heraus, die einer wilden Grausamkeit entsprächen, so Bautista.

Boycott-Aufruf von *Pepsi Cola*-Angestellten

Guatemala, 17. Mai. Während die *Embotelladora La Mariposa*, guatemaltekische Tochterfirma von *Pepsi Cola*, mit offensichtlich überwältigendem Erfolg ihr neuestes Produkt *Pepsi Twist* (eine Mischung der traditionellen *Pepsi Cola* mit Limonensaft) auf den guatemaltekischen Markt bringt und mit Pop-Grössen wie den Sängerinnen Shakira und Britney Spears für ihre Getränke wirbt, steht es um die Arbeitsbedingungen in *La Mariposa* weiterhin schlecht.

Begonnen hat der jüngste Arbeitskonflikt bei *Pepsi Guatemala* im Jahr 2000, als im Rahmen der Fusionen der grossen Getränkeproduzenten die brasilianische *Amver*, Herstellerin der seit einiger Zeit auf dem guatemaltekischen Markt erhältlichen Biersorte *Brahva*, Geschäftsbeziehungen mit *La Mariposa* aufnahm. Einzige Bedingungen, um das Bier über *La Mariposa* zu vertreiben, waren Arbeitsflexibilität und das Verbot von Gewerkschaften. *La Mariposa* stieg

darauf ein und reagierte im Jahr 2001, als die Aushandlung eines neuen Kollektivvertrags mit der Gewerkschaft fällig war, mit Repression und der sukzessiven Kündigung von ArbeiterInnen. In den vergangenen Jahren wurden insgesamt 1'500 Angestellte entlassen, 400 von ihnen gehörten der Gewerkschaft an.

Die entlassenen ArbeiterInnen wurden durch solche ersetzt, die über eine Vertragsfirma angestellt waren, temporär und zu miserablen Bedingungen. Dabei verletzen die von *La Mariposa* ergriffenen Massnahmen verschiedene Artikel der Konvention der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) bezüglich der Verhandlung über Kollektivverträge, was jedoch weder die guatemaltekischen Gerichte noch *La Mariposa* selbst ernsthaft kümmert.

In einem am 17. Mai publizierten Schreiben weisen die entlassenen Angestellten darauf hin, dass sie seit 485

Tagen (70 Wochen) eine Protest-Mahnwache vor dem Nationalpalast aufrechterhalten. Immer wieder werden die Protestierenden bedroht und eingeschüchtert, letzte Woche sei ein Fahrzeug mit getönten Scheiben mehrmals an ihrem Zelt, das sie notdürftig zum Schutz vor Sonne und Regen aufgestellt haben, vorbeigefahren. Weiter heisst es im Kommuniqué, dass an den Ein- und Ausgängen der *Embotelladora La Mariposa* sowie in den Toiletten Drehkreuze mit elektronischen Schranken installiert wurden. So könne kontrolliert werden, wer wie oft und wie lange auf dem Klo sitze, mit dem einzigen Ziel, die ArbeiterInnen einzuschüchtern und die Produktivität zu erhöhen.

Die entlassenen ArbeiterInnen von *Pepsi Cola* rufen dazu auf, die vom Unternehmen hergestellten oder vertriebenen Produkte zu boykottieren, bis sie wieder eingestellt seien bzw. sich ihre arbeitsrechtliche Situation geklärt habe.

Kinderarbeit und Gewalt an Kindern: Folgen derselben Ursache

Guatemala, 20. Mai. Gemäss Angaben des *Nationalen Statistikinstituts* (INE) gibt es in Guatemala rund 1 Million arbeitende Kinder im Alter von 5 bis 17 Jahren, 39'000 davon arbeiten als private Hausangestellte. Zahlen, die kürzlich in der Tageszeitung *Prensa Libre* erschienen, gehen von 2,5 Millionen arbeitenden Kindern aus und von 17'000 Mädchen, die als Hausangestellte arbeiten. Offenbar gibt es also keine allgemein gültigen Zahlen über Kinderarbeit in Guatemala, unter anderem wohl auch deshalb, weil es keine genaue Definition davon gibt, was Kinderarbeit überhaupt ist und weil viele Kinder im ohnehin nicht statistisch erfassbaren informellen Sektor arbeiten. SpezialistInnen des Themas sind sich einig, dass es keinen Sinn mache, über Kinderarbeit zu diskutieren, wenn man nicht gleichzeitig über Kriterien und Ursachen spricht.

In Guatemala gibt es rund 3 Millionen Kinder ohne Schulbildung. Man geht davon aus, dass der grösste Teil von ihnen „illegal“ arbeitet. Organisationen, die im Bereich des Kinderschutzes arbeiten, fordern, dass z.B. minderjährige Hausangestellte als ein existierendes Phänomen anerkannt und aus der Illegalität enthoben werden und somit eher vor Übergriffen und (sexueller) Ausbeutung geschützt werden können. Die meisten privaten Hausangestellten sind Mädchen indigener Herkunft, die vom Land in die Stadt kommen und ihre Rechte nicht kennen. Laut Angaben der *Casa Benito*, einer Institution, die in der

Hauptstadt mit minderjährigen Hausangestellten arbeitet, kommt die Mehrheit von ihnen aus den Departements San Marcos und Totonicapán, zwei der ärmsten im Land. Aber auch Kinder, die in anderen Bereichen arbeiten, sind Gefahren – und Gewalt – ausgesetzt. Beliebte Industriezweige für Kinderarbeit ist die Herstellung von Feuerwerk oder die Ledergerberei, zwei Handwerke, in denen es immer wieder zu Unfällen kommt bzw. keine oder nur geringe Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Die rechtliche Situation zum Schutz der arbeitenden Kinder ist prekär. Zwar gibt es den Minderjährigenkodex und das Arbeitsrecht (gemäss dem die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren verboten ist), ebenso unterzeichnete der guatemaltekische Staat im Jahr 1990 die UNO-Kinderschutzkonvention, doch sind sich viele Fachleute einig, dass es dabei mehr um das internationale Ansehen der Regierung denn um das Interesse am Schutz der Kinder ging. Das Kinder- und Jugendgesetz, das in langwieriger Zusammenarbeit mit den nationalen Kinder- und Jugendorganisationen erarbeitet wurde, liegt hingegen immer noch in den Schubladen der Kongressabgeordneten.

Das Phänomen der Kinderarbeit kann jedoch nicht mit Gesetzen allein gelöst werden, sondern es muss etwas gegen die Arbeitslosigkeit und die Armut unternommen werden, unter denen ein grosser Teil der guatemaltekischen Bevölkerung leidet und deren Folgen

u.a. die vermehrte Mitarbeit von Kindern als Beitrag zum familiären Einkommen ist. Bruce Harris, Direktor der Kinderschutzorganisation Casa Alianza, erklärt es genauer: „Die Unterzeichnung der Friedensabkommen hat für die Bevölkerung nicht den erwartete Aufschwung mit sich gebracht. Die Bedingungen auf dem Lande haben sich nicht verbessert, die Diskriminierung der Indígenas ist nicht verschwunden.“ Die Grundprobleme sieht Harris in der Armut und dem mangelnden Zugang zur Bildung. Kinder, die nicht zur Schule gehen können, werden auch Mühe haben, später eine würdevolle Arbeit zu finden und sind entsprechend eher Ausbeutung und Gewalt ausgesetzt.

Eine Zunahme der Gewalt an Kindern verzeichnet denn auch die entsprechende Anlaufstelle des Menschenrechtsprokurats (PDH) im ersten Quartal 2004. Mit täglich dreissig Anzeigen ist wohl nur ein Bruchteil der gewaltsamen Übergriffe an Kindern erfasst, man rechnet mit einer grossen Dunkelziffer. Das guatemaltekische Strafgesetz sieht „nur“ Sanktionen vor bei Körperverletzung, Gesundheitsstörungen und sexuellem Missbrauch. Laut Angaben des Spitals San Juan de Dios werden die meisten Kinder mit Verletzungen wegen körperlicher oder sexueller Misshandlung eingeliefert. In der hauptstädtischen Leichenhalle wurden dieses Jahr 12 Kinder aufgebahrt, die tot in Plastiksäcken aufgefunden wurden und als XX (unbekannt) begraben werden mussten.

